

Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!

Von Dietrich Schulze

Der nach Fukushima anschwellende Protest gegen die Atomenergie wird von der herrschenden Politik und der etablierten Wissenschaft mit hinhaltendem Widerstand beantwortet. In den diesjährigen Ostermärschen gegen Atomkraft und Atomwaffen wurde hingegen der doppelte Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Frieden herausgestellt. Eine Umstellung auf ausschließlich erneuerbare Energieträger untergräbt objektiv die Kriegspolitik zur Beherrschung fremder Ressourcen.

Libyen verfügt bekanntlich über Öl und Uran. Und die "friedliche Nutzung" der Atomkraft schafft die intellektuellen und technischen Kapazitäten für das ultimative Machtmittel Atombombe, nicht nur im Iran. Ein Rückblick in die verdrängte Gründungsgeschichte der bundesdeutschen Atomforschung kann hierzu ziemlich unerwünschte Einsichten vermitteln. Das soll am Beispiel Karlsruhe etwas genauer untersucht werden. Wie zu Beginn des Atomzeitalters wird in der Forschungspolitik auch heute offiziell in weltmachtpolitischen Kategorien gedacht und gehandelt, aber auch eine über die traditionelle Friedensbewegung hinausgehende Bewegung für eine Zivilorientierung und gegen die Militarisierung der Hochschulen wird sichtbar.

Ex-Nazis bestimmten Atomforschung mit

Robert Jungk schreibt in seinem Buch "Der Atomstaat" (1975), dass Anfang der 1950er Jahre von Adenauer und Strauß Kommandostellen wie Atomkommission und Vorstände der Kernforschungszentren, hauptsächlich in Karlsruhe und Jülich, mit Ex-Nazis und Wehrmacht-Rüstungswissenschaftlern besetzt worden sind. Der von ihm befragte jüdische Physiker Dr. Dr. Leon Grünbaum aus Frankreich sagt zu den Motiven:

„Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, dass diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, dass hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluss überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben - oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.“

In den THTR-Rundbriefen (THTR Jülicher Projekt Hochtemperaturreaktor), in denen die Atompolitik seit Jahrzehnten kritisch durchleuchtet wird, kann man den Beginn genauer studieren. Nur ein Kurzporträt: Dr. Walther Schnurr, ab 1960 wissenschaftlicher Geschäftsführer der Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe (GfK, später Kernforschungszentrum, dann Forschungszentrum, heute Karlsruher Institut für Technologie KIT Campus Nord).



Bundesminister für Atomfragen Franz Josef Strauß unterschreibt am 19. Juli 1956 in Karlsruhe die Gründungsurkunde der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH
Quelle: www.institut-wv.de/2473.html



Physiker Dr. Dr. Leon Grünbaum
Quelle: Dietrich Schulze



Walther Schnurr startet 1961 den ersten deutschen Kernreaktor
Quelle: www.anti-atom-aktuell.de

War Chemiker bei IG Farben und Hitlers Sprengstoff-experte. Nach 1945 über die "nukleare Rattenlinie" nach Argentinien gelangt. Dort unter Peron an Entwicklungen für Atombomben und Raketen beteiligt. Von F.J. Strauß für höhere Aufgaben zurückgeholt. Bis 1970 in dieser Schlüsselposition für die "friedliche Nutzung" der Atomenergie und für die enge, offiziell geleugnete Kooperation mit der argentinischen Diktatur bestimmend.

Proteste, Entwicklungsbrüche, Nachwirkungen

Der Göttinger Appell gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr und später das Scheitern des Kalten Krieges änderte zwar die Außenpolitik, aber nicht die Ambitionen, die mit dieser Schlüsseltechnologie verbunden sind.

Bleiben wir bei Karlsruhe. Erst viel später kamen dort entwickelte bombenträchtige Technologien zu Fall, wie das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung und der Schnelle Brutreaktor, der eine gigantisch destruktive Plutonium-Gesellschaft zur Folge gehabt hätte. Die Kooperationen im Zusammenhang mit der "Trenndüse" des Prof. Erwin Willy Becker mit den damaligen Diktaturen in Südafrika und Brasilien wurden ebenso fleißig vertuscht, wie von Prof. Wolf Häfele mit einer an religiösen Wahn grenzenden Inbrunst die Segnungen seiner unerschöpflichen Schnellbrüter-Energiequelle propagiert wurden. Systematisch und in verantwortungsloser Weise wurde auch von der herrschenden Wissenschaft die Problematik der Beseitigung des Atommülls herunter gespielt. An abenteuerlichen Konzepten zur Müllumwandlung (Transmutation) wird bis heute gearbeitet.

Aufbauend auf dem Göttinger Appell hatte sich als Gegenpol allerdings eine kritische Wissenschaft entwickelt. Neben heute noch tätigen Gruppen wie der "NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit" (NatWiss), VDW, IPPNW, IALANA, INES usw. war Anfang der 1970er Jahre der „Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten“ (VWF) aktiv. Er setzte sich mit den hierarchischen Strukturen auseinander, die in den Universitäten gerade von der 68er-Bewegung aufgebrochen worden waren. Dabei spielte die unterdrückte Kritik am Schnellen Brüter eine wichtige Rolle.

In diesem Kontext gab es einen bezeichnenden Vorfall in Karlsruhe. Der zitierte jüdische Physiker Grünbaum war mit einem Zeitvertrag im Schnellbrüter-Projekt beschäftigt. Trotz hervorragender Leistungen wurde die damals übliche Übernahme in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis verhindert - auf Betreiben des administrativen Geschäftsführers Dr. Rudolf Greifeld, in dieser Funktion seit Gründung 1956 (!!!). Dessen antisemitische Äußerungen veranlassten Grünbaum zu einer Recherche im französischen Außenministerium. Ergebnis: Greifeld war Hitlers oberster SS-Führer in der Wehrmachtverwaltung von Groß-Paris, u.a. für Drancy (das Durchgangslager für die Deportationen nach Auschwitz) zuständig.

Nachdem 400 französische WissenschaftlerInnen dessen Entlassung aus dem Aufsichtsrat des deutsch-französischen Forschungszentrums Laue-Langevin (ILL) in Grenoble gefordert hatten, musste er 1975 von Forschungsminister Hans Matthöfer in den vorzeitigen Ruhestand

versetzt werden. Alle Vorgängerregierungen kannten Greifelds Vergangenheit oder sie war ihnen verheimlicht worden. Unter Greifeld war eine Waffen-SS-Mitgliedschaft für die Berufung in verantwortliche Funktionen, wie z.B. für die Leitung der Personalabteilung oder der Lehrlingsausbildung, kein Hinderungs- sondern ein Bevorzugungsgrund.



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.) Quelle: www.juedische-allgemeine.de

Greifeld hat wie alle anderen Ex-Nazis in der Atomforschung eine breite und tiefe Furche an Diskriminierungen und wissenschaftsfeindlichem Obrigkeitsdenken hinterlassen. Leon Grünbaum litt trotz aktiver Auseinandersetzung mit dieser furchtbaren rassistischen Diskriminierung sehr schwer darunter, seine berufliche Arbeit nicht fortführen zu können. Er wandte sich der Technikgeschichte zu und promovierte Anfang der 1980er Jahre zum zweiten Mal. Das Dissertationsthema an der Sorbonne "Die Genese der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte" handelt von den geheimen Ursprüngen und Verbreitungswegen von Atomwissen und -waffenmaterial mitsamt der Rolle der genannten Nazi-Größen und vielem mehr. Die Arbeit ist nirgendwo zu finden. Zufall? Sie sollte veröffentlicht werden. Dem Autor liegt das 450-seitige Manuskript (französisch) vor. Kapitel 3 „Deutsches Zwischenspiel – die Affaire Greifeld“(1).

Wissenschaftliche Mitbestimmung, Tschernobyl, Zivilklausel

Spätestens nach dem Scheitern des Kalten Kriegs wurde in den Atomforschungseinrichtungen anderes Führungspersonal gebraucht, das mit dieser Vergangenheit nichts zu tun haben wollte, neue Forschungsthemen als Ersatz für die teilweise abgearbeitete Kernforschung förderte und auf Leistung setzte. Und auch die kritischen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften waren nicht faul. Sie nutzten die wissenschaftliche Mitbestimmung, die Anfang der 1970er Jahren aus den Universitäten wegen "mehr Demokratie wagen" übertragen wurde, und die Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz, um die betriebliche Demokratie zu stärken.

Beispiel Tschernobyl. Die offizielle Reaktion: „Kommunistischer Murks, kann bei uns nicht passieren.“ (O-Ton Regierungsvertreter als Reaktion auf die erste Rundfunkmeldung bei der Rückreise von einer externen Aufsichtsratssitzung des Kernforschungszentrums Karlsruhe in Creys-Malville beim französischen Schnellbrüter Superphénix - der Autor war Ohrenzeuge). Aber: Der innerbetriebliche Religionsersatz Kernenergie konnte vom Sockel gestoßen werden. Zusammen mit der Evangelischen Akademie und Pfarrer Dr. Ulrich Lochmann gelang es, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Chancen und Risiken der Kernenergie" durchzuführen. Zuvor gab es nichts als Chancen. Die beiden Kontrahenten: Prof. Klaus Traube, Atom-Aussteiger, Ex-Chef des Siemens/Interatom-Schnellbrüterprogramms (Intimfeind aller Atomfetischisten, hatte Robert Jungk als Nr. 1 abgelöst) und Dr. Willy Marth, Chef des Karlsruher Schnellbrüter-Forschungsprogramms.

Auch der unermüdlichen Arbeit der Betriebsräte der später so genannten Großforschungseinrichtungen und gewählten Wissenschaftsgremien an der betrieblichen Demokratie ist es zu verdanken, dass eine andere heute in den Universitäten hochaktuelle Grundsatzfrage im Bewusstsein geblieben ist: die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaften für eine Zivilorientierung.

Der völkerrechtliche Preis für den Eintritt in die Atomforschung war der deutsche Verzicht auf Atomwaffenforschung. Das musste in den Atomforschungszentren mit der Zivilklausel „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ per Satzung festgelegt werden. Für Adenauer, Strauß und ihre Getreuen wie die auf rasche Expansion bedachte Wirtschaft war das nichts weiter als ein momentanes Zugeständnis, das bei nächstbesten Gelegenheit gebrochen worden wäre. Es kam aber alles ganz anders. Die drei Diktaturen Argentinien, Brasilien und Südafrika wurden gestürzt und deren Atomwaffen beerdigt. Trenndüse, THTR, Wiederaufarbeitung und Schnellbrüter scheiterten. Gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der Union trat die Bundesrepublik 1974 dem Atomwaffen-Sperrvertrag bei, was die Politik nicht daran hinderte immer wieder zu versuchen, die Zivilklausel abzuschaffen oder aufzuweichen. Mindestens drei Versuche (1984 Teilnahme an SDI-Forschung / Laserabwehr gegen Atomraketen von der Regierung initiiert, 1994 Einführung einer zivilmilitärischen dual-use-Klausel aus CDU-Kreisen betrieben, 2001 Abwehrforschung gegen terroristische Biowaffenangriffe im Gefolge von 9/11 von Großforschungsführung beabsichtigt) konnten durch energischen Widerstand von Unten abgewehrt werden.

Die strikte Zivilorientierung war dadurch zu einer gelebten Realität geworden. Als ab 2007 die Pläne zur Zusammenlegung des Forschungszentrums mit der Universität zum Karlsruhe Institute of Technology KIT reiften, war die Zivilklausel zum ansehnlichen Exportartikel für das gesamte KIT herangewachsen. Inzwischen spricht selbst die konservative Presse mit einem Unterton der Anerkennung von einer stetig wachsenden Zivilklauselbewegung an den Universitäten(2).

Keine "gefrorenen Posthorntöne“

Können die beschriebenen Warnungen betreffend Ausrichtung der Atomforschung heute nach Fukushima als "gefrorene Posthorntöne“ (Robert Jungk) abgehakt werden? Keineswegs. Die Bundesregierung übt sich in Ausstiegs-Rhetorik, spielt aber in Wirklichkeit auf Zeit. Die Energie-

wirtschaft droht mit Versorgungsengpässen und Arbeitsplatzverlusten. Die etablierte Wissenschaft lockt mit Schimären und betreibt großen Aufwand für den Kompetenzerhalt. Alle projizieren wie eh und je einen weltweit unablässig wachsenden Energiehunger und setzen auf die bekanntlich kurze Halbwertszeit des Angstzerfalls. Tatsächlich wachsen derweil Kosten und Atommüll mit ungeklärter Entsorgung weiter.

Ja, das eingangs beschriebene Führungspersonal hat sich geändert und kann nicht in einen Topf mit den benannten atomaren Gründungs(v)tätern geworfen werden. Aber technokratisch autoritäres Denken verbunden mit technizistischem Machbarkeitswahn ist weiter ungebrochen vorherrschend. Wie anders kann Rede und Handlung der heutigen Führungsleute in der Atomforschung eingestuft werden? KIT Präsident Prof. Horst Hippler war einer der beiden Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung. Zwei Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg teilte der andere Präsident Prof. Eberhard Umbach mit: „Das vor kurzem verkündete Moratorium bezüglich der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ist allein der aktuellen Panik und Hysterie geschuldet. Aber Angst ist kein guter Ratgeber.“ Einen Tag nach der Wahl teilte er mit, dass er - „wie die neue Landesregierung - für den Ausbau regenerativer Energien“ sei. Hier habe das KIT zahlreiche neue Entwicklungen und Ideen anzubieten. „Der Weg dorthin ist allerdings ohne die weitere vorübergehende Nutzung der Kernkraft nur schwierig zu erreichen.“ Dies werde das KIT durch entsprechende Expertisen in die Diskussion einbringen.

Wie diese Expertise aussieht, wie sie beurteilt wird und welche Schlüsse daraus gezogen werden können, erfahren Sie im Teil 2 am 18. Mai. (PK)

(1) www.stattweb.de/files/civil/Doku20110508.pdf

(2) Mehr dazu in der Webdokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf.

Dr.-Ing. Dietrich Schulze, dietch.schulze@gmx.de
Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit,
www.natwiss.de
Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf
tel +49721 385403 hy +49160 9911 3131

Dieser Beitrag für die "Marxistischen Blätter" erscheint in der zweiten Maihälfte 2011 in Heft 3 Nr. 11 www.marxistische-blaetter.de

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511>

Online-Flyer Nr. 302 vom 18.05.2011

Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe

Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur! - Teil 2

Von Dietrich Schulze

Der nach Fukushima anschwellende Protest gegen die Atomenergie wird von der herrschenden Politik und der etablierten Wissenschaft mit inhaltlichem Widerstand beantwortet. In den diesjährigen Ostermärschen gegen Atomkraft und Atomwaffen wurde hingegen der doppelte Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Frieden herausgestellt. Eine Umstellung auf ausschließlich erneuerbare Energieträger untergräbt objektiv die Kriegspolitik zur Beherrschung fremder Ressourcen. In Teil I dieser Serie berichteten wir darüber, warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betrieben. Nun geht es u.a. um

die Kern- und Waffenforschung unter dem Dach des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), das als Zusammenschluss des Forschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe entstand.

Am Tag des Beginns der Fukushima-Katastrophe wurde im Südwestfunk gemeldet, dass im Institut für Transurane ITU, eine europäische Atomforschungseinrichtung auf dem Gelände des KIT Campus Nord, Forschung an neuen



Prof. Hans-Joachim Wünsche,
Bundeswehr-Universität München,
auch Projektleiter am KIT
Quelle: <http://www.unibw.de/>

Reaktortypen unter Einsatz von 180 Kilogramm Plutonium, 50-130 Kilogramm hochangereichertes Uran, 300 Kilogramm schwach angereichertes Uran und 450 Kilogramm Thorium betrieben werden soll. KIT Campus Nord arbeitet seit Jahren daran und koordiniert für die Europäische Kommission ein vierzig Mio. Euro schweres Projekt mit fünfzig Partner aus Industrie, Forschungsinstituten und Universitäten, in dessen Rahmen die Machbarkeit einer solchen Anlage untersucht werden soll.

Dabei geht es um die Umwandlung von langlebigen Spaltprodukten in kurzlebige von „nur“ hunderten von Jahren, womit der Atommüll reduziert werden soll. Ganz abgesehen von untragbar hohen Kosten, an denen letztlich der Schnellbrüter gescheitert ist, ist die Transmutation mit Wiederaufarbeitung („Wackersdorf“) verbunden. Eine Variante ist dem Schnellbrüter ähnlich und hat kein geringeres „Restrisiko“ gegen eine Kernschmelze als die für die Atomkraft wie in Fukushima eingesetzten. Die kompliziertere Variante ist unterkritisch (keine Kernschmelze möglich) und nutzt einen Teilchenbeschleuniger. In jedem Fall bleibt Atommüll übrig.

Die zweite Schimäre heißt Kernfusion. Dabei geht es um die Nachahmung der Energieerzeugung der Sonne, wofür lediglich Wasser (Deuterium) und Lithium (Gestein, aus dem Tritium gewonnen wird) als unbegrenzt verfügbare Rohstoffe gebraucht werden. Daran wird weltweit geforscht und entwickelt. Im südfranzösischen Cadarache ist der milliardenschwere Versuchs-Fusionsreaktor ITER im Bau, dessen Weiterfinanzierung nicht gesichert ist. Mit der Einsetzbarkeit kann vielleicht in 40 Jahren gerechnet werden. Abgesehen davon, dass eine großtechnische Anwendung wegen astronomischer Kosten in den Sternen steht, sobald die Machbarkeit demonstriert sein würde, liefert die Kernfusion keinen Beitrag zur jetzt anstehenden Energiewende. Das für den Prozess eingesetzte Tritium ist übrigens der Rohstoff für die sogenannte „unkontrollierte Kernfusion“, die atomare Wasserstoffbombe. Im KIT wird ein Tritiumlabor mit diesem Bombenrohstoff betrieben.

Aus den genannten Gründen hat sich die „NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (NatWiss) am 4. April an KIT und die Zuständigen in Bund und Land gewandt und die Einstellung der gegenwärtigen Kernfusionsforschung verlangt. Die Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer und Harald Terpe haben sich Mitte April ebenfalls für eine Beendigung des Kernfusion-Projektes ausgesprochen, weil damit die Energiewende behindert werde. Die Kanzlerin stellte sich demonstrativ hinter die Kernfusion und sicherte den Standorten Greifswald und Garching die Fortführung der Finanzierung zu, ohne sagen zu können, wo die Mittel für die Energiewende zu den Erneuerbaren herkommen sollen. Erst kürzlich hat die Energiewirtschaft den beim Pakt für die Laufzeitverlängerung zugesagten 1,5-Milliarden-Fond eingefroren. Auch sonst wird seit Fukushima in den Medien fleißig Werbung für die kostspielige Kernfusion gemacht.

Und im trauten Wechselspiel der beiden Schimären ziehen Transmutationsbefürworter aus der späten Verfügbarkeit der Kernfusion den Schluss, dass der Ausstieg der falsche Weg ist und unbedingt die schneller verfügbaren Transmutationsreaktoren erforscht und in Betrieb genommen werden müssen. Zu diesem gespenstischen Verlängerungsszenario exakt passend die Gründung der KIT „AREVA Nuclear Professional School“ zwecks „Stärkung des kerntechnischen Know-how“. AREVA NP ist das weltweit führende Unternehmen für die Auslegung und Errichtung von Atomkraftwerken und Forschungsreaktoren mit 18.000 Beschäftigten in allen Teilen der Welt und einem Umsatz von mehr als 3 Milliarden Euro.

In einem Beitrag für die „junge Welt“ am 23. April hat Winfried Wolf die Atomkraft als „extrem unverantwortlich, energiepolitisch unnötig und ausgesprochen unwirtschaftlich“ portraitiert, ebenfalls auf die Rolle der Nazi-Wissenschaftler aus der Gründungszeit und auf den mit Waffen-Uran betriebenen Münchener Forschungsreaktor FRM II hingewiesen. Dazu sei ergänzt, dass der dafür zuständige Prof. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München, der zweite Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung ist. Natürlich reiner Zufall.

Tabubruch: Kern- und Waffenforschung unter einem Dach

Welcher autoritäre Geist sich im KIT mit abgeschaffter Betriebsverfassung und fast abgeschaffter wissenschaftlicher Mitbestimmung breit gemacht hat, zeigt sich in der Ablehnung der Zivilklausel für die Grundsatzung des Uni-Teils (KIT Campus Süd) durch Präsidium und Gründungssenat, trotz 450 Unterstützungsunterschriften und unter Missachtung eines internationalen Appells gegen Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach. Den internationalen Appell vom Mai 2009 haben über 140 internationale Persönlichkeiten wie Bürgermeister Tadatoshi Akiba von Hiroshima und Physik-Nobelpreisträger Prof. Jack Steinberger unterzeichnet. Undenkbar wäre es im

Kernforschungszentrum zum Beispiel gewesen, militärische Anwendungen der Nanotechnologie zu erforschen, wie das im jetzigen Vorbild MIT (Massachusetts Institute of Technology) mit dem

„Institute for Soldier Nanotechnologies“ der Fall ist. Nun aber wird unter dem Dach des KIT militärische Forschung zu einem kognitiven Breitbandkommunikationssystem für Interventionstruppen und zivil deklarierte Forschung für kognitive unbemannte Landfahrzeuge betrieben. Diese sind als „Killer-Roboter“ hauptsächlich für das Schlachtfeld von Bedeutung und zwei Projektleiter sind direkt in der Militärforschung tätig: Prof. Hans-Joachim Wünsche (Bundeswehr-Universität München) und Prof. Jürgen Beyerer in einer Doppelrolle als Lehrstuhlinhaber am KIT und Leiter des überwiegend militärisch forschenden Karlsruher Fraunhofer-Instituts IOSB. KIT verbirgt systematisch Auskünfte bei Abgeordnetenfragen. Die Bundesregierung hat im letzten Oktober gegenüber dem Parlament gar die 5 Jahre zuvor erteilten Auskünfte über militärrelevante Sicherheitsforschung auf Anordnung des Bundesverteidigungsministeriums unter Geheimchutz gestellt.

Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführen

Der französische Résistance-Kämpfer und Buchenwald-Überlebende Stéphane Hessel erinnert in seiner Streitschrift „Indignez vous! Empört Euch!“ gegen die Diktatur des Finanz-Kapitalismus und die Umweltzerstörung an die europaweiten Schlussfolgerungen nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. Am Beispiel des Programms des französischen Nationalen Widerstandsrates stellt er diese so vor:

„Die Energieversorgung, Strom und Gas, der Kohlebergbau, die Großbanken sollten verstaatlicht werden. In diesem Sinne forderte das Programm »die Rückgabe der großen monopolisierten Produktionsmittel, der Früchte gemeinsamer Arbeit, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungsgesellschaften und der Großbanken an die Nation«, die

Errichtung einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie unter Ausschaltung des Einflusses der großen im Wirtschafts- und Finanzbereich bestehenden privaten Herrschaftsdomänen auf die Gestaltung der Wirtschaft«. Das Gemeinwohl sollte über dem Interesse des Einzelnen stehen, die gerechte Verteilung des in der Arbeitswelt geschaffenen Wohlstandes über der Macht des Geldes. »Eine rationelle Wirtschaftsverfassung, in der die Individualinteressen dem Allgemeininteresse untergeordnet sind, ohne Diktatur der Sachzwänge nach dem Vorbild faschistischer Staaten« - dies als Auftrag an die provisorische Regierung der Republik.“

Das alles ist in Frankreich heute genauso verschüttet wie hier. Im Ahlener Programm der CDU von 1947 heißt es, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist und eine Neuordnung von Grund auf notwendig ist. Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum war damals gesellschaftlicher Konsens und muss heute zum Programm für ein demokratisches und friedliches Europa erhoben werden. Die durch den Übergang zu den Erneuerbaren geförderte Kommunalisierung ist jedenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Titel der VDI-Nachrichten am 15. April „Stadtwerke rebellieren gegen Energieriesen“. Von einem Dammbbruch ist gar die Rede. Die Gründerin der Elektrizitätswerke Schönau (EWS), dem ersten bürgereigenen Energieversorgungsunternehmen mit Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien, ist Anfang April in San Franzisko mit dem "Goldman Environmental Prize", einen der renommiertesten internationalen Umweltschutzpreise, ausgezeichnet worden.

In der vom Unabhängigen Studierenden-Ausschuss (UStA) der Uni Karlsruhe veranstalteten Podiumsdiskussion am 21. April zum Thema „Zukunft der Kernforschung am KIT“ war genau das der beherrschende Streit- und Diskussionspunkt.

KIT öffnet sich - Atomforschungsprogramm bleibt strittig

Prof. Norbert Willenbacher (KIT Institutsleiter, Bereich Angewandte Mechanik, gleichzeitig tätig für eine Planungs-, Projektierungs- und Betriebsfirma im Bereich erneuerbare Energieanlagen und Energieeffizienz) kritisierte das Missverhältnis von 10:1 in der Forschungsförderung Kerntechnik/Erneuerbare, die eigentlich unbezahlbare Kerntechnik, das EnBW-Oligopol, die Verhinderungspolitik der früheren Landesregierung bezüglich Windkraftanlagen, die dennoch erzielten Markterfolge der Erneuerbaren (z.B. rasch sinkende Stromeinspeisungsvergütung) und die Notwendigkeit einer erheblichen Aufstockung der KIT Forschungsprogramms zugunsten der Erneuerbaren. Und Harry Block (BUND, Grüner Ex-Stadtrat, kritischer EnBW-Aktionär), der die wegen der Koalitionsverhandlungen in Stuttgart verhinderte atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion MdB Sylvia Kotting-Uhl vertrat, überzeugte mit der Position, dass die in die Krise geratene Kerntechnik den mit den Erneuerbaren absehbaren Technologiesprung behindert, der andere Länder motivieren wird, ebenfalls auszusteigen. Hier gehe es um eine „Systemfrage“.

KIT Vizepräsident Dr. Peter Fritz (Vize des deutschen Atomforums) mit einem Vertreter des KITSponsors EnBW im Gefolge vertrat ungerührt von Ereignissen und Argumenten die „Weiter so“-Linie einschließlich Transmutation und Kernfusion. Im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten, dass das offene Interesse der Anwesenden an einer sachlichen Diskussion der kontroversen Standpunkte bestimmend war. Der UStA hat dazu beigetragen, ein Stück Transparenz zu schaffen. Der begonnene Dialog der KIT Führung mit Studierenden und der Öffentlichkeit muss fortgesetzt werden. Die Risikotechnologie Kernspaltung mit Lockmittel Transmutation und dem Gift Plutonium und das leere Zukunftsversprechen Kernfusion mit dem Gift Tritium müssen beendet werden. Die Atomforschung muss radikal - an die Wurzel gehend - gekürzt und umgestellt werden. NatWiss erklärte dazu seine Überzeugung, dass die betroffenen WissenschaftlerInnen und Beschäftigten in einem intensiven Diskussionsprozess dafür gewonnen werden können, ihre Fähigkeiten auf andere Gebiete der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für zivile Zwecke zu verlagern.

Aufstehen gegen Atomkraft und Atomwaffen. Energiewende Jetzt.

Für die erforderliche Wende machen die großen Demonstrationen, die Brechung der 58-jährigen CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg und die nach Fukushima wachsende Politisierung der Jugend berechtigte Hoffnung. Von Grün-Rot in Baden-Württemberg kann erwartet werden, dass kraftvolle Zeichen für die Energiewende (Umstieg auf 100 % Erneuerbare und Energie-Einsparung) und für die Zivillorientierung gesetzt werden. Wegen fehlender Aussagen im Koalitionsvertrag zur Zivilklausel für die Hochschulen des Landes sind die Delegierten der beiden Landesparteitage bereits an entsprechende übereinstimmende Wahlversprechen erinnert worden, verbunden mit der Aufforderung zur Nachbesserung.

Die Ostermärsche gegen Atomkraft und Atomwaffen und die Protestmärsche an 12 Atomanlagen mit mehr als 150.00 TeilnehmerInnen haben weiter Mut gemacht. Zur Erinnerung: Der erste Ostermarsch gegen Atomwaffen führte 1958 von London zum 83 km entfernten Atomwaffenlabor Aldermaston, organisiert von der "Campaign for Nuclear Disarmament", deren Präsident der zweifache Nobelpreisträger Lord Bertrand Russell war. Im Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch Rhein-Ruhr wird ausdrücklich neben der Beendigung der Schulkooperationen mit der Bundeswehr das Ende der Militärforschung an Hochschulen gefordert. Im Ostermarsch Bremen wurde am Beispiel der Kooperation der Universität mit einem Rüstungsunternehmen, das für den geheim gehaltenen Plan eines Spionage-Satelliten arbeitet, an die Einhaltung der in Bremen gültigen Zivilklausel erinnert und an die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Militarisierung der Hochschulen.

Zusammenfassender Appell

Die Atomkraft ist ein stiller, permanenter Krieg gegen Mensch und Natur. Die Atombombe ist die finale Vernichtungs-Option. Einem Land, von dessen Boden zwei mörderische Weltkriege ausgegangen sind, steht es gut an, mit dem Ausstieg voran zu gehen. Das Zusammenwirken von Friedens- und Umweltbewegung bis hinein in die ökologisch orientierte Privatwirtschaft ist äußerst perspektivreich. Die weltweite Plutonium-Tritium-Diktatur kann und muss zerbrochen werden. (PK)

*Dr.-Ing. Dietrich Schulze, dietch.schulze@gmx.de
Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit,
www.natwiss.de Initiative gegen Militärforschung an Universitäten,
www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf
tel +49721 385403 hy +49160 9911 3131*

Dieser Beitrag erschien in der zweiten Maihälfte 2011 auch in Heft 3, Nr. 11 der "Marxistischen Blätter" www.marxistische-blaetter.de

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir hierzu aus Leon Grünbaums "Die Genese der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte" Kapitel III „Deutsches Zwischenspiel – die Affaire Greifeld“.

In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004)

Von Dietrich Schulze

Der französische Physiker Leon Grünbaum hat sich bereits vor drei Jahrzehnten mit der kriminellen Vorgeschichte der deutschen Atomforschung beschäftigt. Er stammt aus einer jüdischen Familie, die mit ihm vor den Nazis fliehen musste, studierte bei Heisenberg in München und wurde als befristet Beschäftigter im Atomforschungsprogramm des Kernforschungszentrums Karlsruhe (jetzt Karlsruher Institut für Technologie KIT Campus Nord) von einem Alt-Nazi in der Geschäftsführung und weiteren Mithelfern erneut als Jude diskriminiert.

Anfang der 1980er Jahre legte Grünbaum eine zweite Dissertation im Fach Wissenschaftsgeschichte an der Sorbonne unter dem Titel „Die Genese der Plutoniumgesellschaft – politische Konspirationen und Geschäfte“ vor. Es ist kein Zufall, dass diese Anklageschrift gegen eine Technologie, deren Wirkungen die Menschheit mit Hiroshima, Tschernobyl und Fukushima zu spüren bekam und bekommt, nie veröffentlicht wurde. Wir bringen hier erstmals die Übersetzung eines Schlüsselkapitels daraus:



Physiker Dr. Dr. Leon Grünbaum 1969
Quelle: Dietrich Schulze

Motivation für meine erneute Recherche im Kontext mit den Konsequenzen aus Fukushima für das Karlsruher Atomforschungsprogramm KIT und die Zivilklausel war ein bewegender Besuch von Grünbaums in Paris lebender Witwe. Zusammen mit Freunden wurde Mitte April eine Gedenkfeier an Leon's Grab auf dem Friedhof in Mingolsheim bei Karlsruhe abgehalten. Hier das ins Deutsche übersetzte Kapitel III seiner Dissertation.

Leon Grünbaum „Die Genese der Plutoniumgesellschaft – politische Konspirationen und Geschäfte“ Kapitel III: Interludium alla tedesca - Deutsches Zwischenspiel: Die Affäre Greifeld

Die Erfahrung eines dreijährigen Aufenthaltes am Kernforschungszentrum Karlsruhe von 1970 bis 1973 hat den Lebensweg des Autors dieser Schrift tief geprägt. Die Methoden sui generis, die man dort nutzt, um die Menschen zu schikanieren, sind nach außen hin zwar oft sehr höflich, aber kennzeichnend für den Verwaltungsapparat, und nur die zivile Kleidung der Vorstandsmitglieder erinnert daran, dass das Institut nicht offiziell den Militärs unterstellt ist. Ein Klima der Freiheit, das man in anderen Forschungszentren vorfinden kann, wird man hier vergeblich suchen. Es sei uns gestattet, einige Episoden als Beispiele anzuführen.

Während einer Betriebsversammlung am 26. September 1972 behauptete Dr. ZIEGLER, der Leiter der Juristischen Abteilung des Instituts, während einer lebhaften Diskussion zum Thema der übereilten Ausweitung der Praxis der Zeitverträge, dass es keine brauchbarere Praxis gebe als diese, die es gestatte „Ausländer“ in einer gewünschten Frist zu entlassen.

[Anmerkung: Wortlaut aus der Betriebsversammlung der Gesellschaft für Kernforschung am 26.9.1972: Dr. Ziegler: „Ich kann sagen, es ist sicherlich ein sachlicher Grund, wenn jemandem, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und erstmals eine berufliche Tätigkeit aufnimmt, wenn mit einem solchen Mitarbeiter ein Zeitvertrag abgeschlossen wird, dann bin ich sicher, dass niemand sagen wird, hier liegen nicht genügend sachliche Gründe vor.“ Ein Betriebsratsmitglied: „Herr Dr. Ziegler, als Mann des Rechts bitte ich Sie folgendes wieder zurückzunehmen. § 75 des Betriebsverfassungsgesetzes lautet: Arbeitgeber – also Sie auch mit – und Betriebsrat haben darüber zu wachen, dass alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, dass jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft usw. unterbleibt.“ Dr. Ziegler lehnte die geforderte Rücknahme in der Betriebsversammlung ab.]

Daraufhin wurde der folgende Text zur Abstimmung gebracht: „Der Betriebsrat möge beschließen: ... Herr Dr. Ziegler hat auf der Betriebsversammlung am 26.9.1972 Begründungen für den Abschluß von Zeitverträgen genannt, wobei er die Staatsangehörigkeit eines Arbeitnehmers erwähnte. Diese Äußerung hat erhebliche Zweifel an der Gewährleistung einer nicht unterschiedlichen Behandlung ausländischer und deutscher Arbeitnehmer hervorgerufen. Der Betriebsrat bittet daher die Geschäftsführung, die Ausführungen Herrn Dr. Zieglers klarzustellen und die Grundsätze der Gesellschaft für Kernforschung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ausführlich zu erläutern.“

Dr. ZIEGLER wurde somit auf der Betriebsratssitzung am 15.11.1972 dazu veranlasst, zu seinen Darlegungen hinsichtlich der diskriminierenden Maßnahmen gegen die Ausländer Stellung zu nehmen. Wie zu erwarten, erklärte er, dass seine Worte nicht so zu interpretieren sind, als seien sie ausschließlich gegen die „Ausländer“ gerichtet, sondern es handele sich ganz einfach um ein allgemeines Problem des Arbeitsmarkts! Im Protokoll des Betriebsrats steht zu lesen, dass Dr. ZIEGLER bei der Verwendung des Begriffs „Ausländer“ stillschweigend Personen einbezogen hatte, die sich noch in der Ausbildung befinden und nicht allein die Nationalität der Menschen gemeint war.

Der Autor hatte an dieser Betriebsversammlung teilgenommen.

Er kann bestätigen, dass Dr. ZIEGLER im Verlauf der Diskussion über die Zeitverträge den Begriff „Ausländer“ bewusst und nachdrücklich gebraucht hat, obwohl das Problem ohne jedweden Bezug zur Nationalität der Mitarbeiter behandelt worden war.....

Ein weiteres Leitungsmitglied, Dr. GREIFELD, administrativer Vorstandsvorsitzender seit Gründung des Zentrums wurde in seinen Äußerungen noch deutlicher. Er verlangte, dass – wenn man schon Ausländer einstelle – der Vorzug „Blonden, Schweden zum Beispiel“ gegeben werden müsse, und nicht Personen, die vom Balkan kämen! Kurz gesagt, er schlug eine Art Arisierung des ausländischen Personals vor! Es muss daran erinnert werden, dass dies weniger als 30 Jahre nach dem Tod von HITLER geschah ...



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.)
Quelle: Bundesarchiv Bild 183-H28708

Eine Frage stellt sich: Entsprach denn diese Haltung der Leitung des Kernforschungszentrums Karlsruhe der von der sozialdemokratisch-liberalen Koalition verfolgten Politik? Man muss sich vergegenwärtigen, dass das Zentrum zu 90% vom Bund und zu 10% vom Land Baden-Württemberg finanziert wird. Selbstverständlich sollte dann die vom Forschungszentrum verfolgte Politik auch den Wünschen des Bundes – des Hauptgeldgebers – entsprechen.

Sehr viele Geschichten wären zu erzählen, wollte man den Leser die reale Atmosphäre nachempfinden lassen, die innerhalb des Zentrums herrschte, die kurz gesagt politisch eine extrem rechte war.

Und das lässt sich nicht klarer ausdrücken als mit den Worten von Staatssekretär Dr. SPERLING, mit denen er sich im Februar 1973 auf der Jahrestagung des Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten an Dr. HAUFF, den gegenwärtigen Minister, wandte [zum Zeitpunkt der Jahrestagung war Dr. Hauff Staatssekretär im Forschungsministerium]. SPERLING erklärte, dass „das Kernforschungszentrum aus Militärs ohne Uniform besteht und die Verwaltung die Rolle einer Truppe in Zivil spielt“. SPERLING hoffte, auf diese Weise Dr. HAUFF, dessen Karriere noch in den Anfängen steckte, zur Einsicht bringen zu können. Aber er hatte sich getäuscht. Die Reaktion von HAUFF auf seine Rede war von unerwarteter Heftigkeit. Um diese Reaktion nachvollziehen zu können, muss man wissen, dass HAUFF bereits zuvor ein Schreiben einer Gruppe von Mitarbeitern des Zentrums Karlsruhe erhalten hatte. In diesem Schreiben wurde auf „Kameradschaften“ zwischen einigen Mitarbeitern der Verwaltung des Zentrums hingewiesen, die in Kriegszeiten geschlossen wurden und allermindestens als zweifelhaft erschienen.

In der Tat kann man diese neonazistische Atmosphäre nur empfinden und erkennen, wenn man sie schon einmal durchlebt hat. Der Autor hatte sie vorausgeföhlt, als er das Gelände des Zentrums betrat, aber er musste zuerst einmal ein Knäuel von Ereignissen durchleben, um schließlich zur Entdeckung der Aktivitäten eines gewissen Dr. GREIFELD während des Zweiten Weltkriegs zu gelangen, die „allermindestens als zweifelhaft“ erschienen.

So kam es auch dazu, dass in der Zeit seines Aufenthalts in Karlsruhe einer der Kollegen des Autors, dessen Namen der Autor aus Sicherheitsgründen besser nicht nennt, auf einer Abendgesellschaft in einem Privatklub einen gewissen Dr. ERNST traf. Dieser Dr. ERNST war schon nicht mehr sehr jung und war während des Krieges in Paris tätig, wo er auch die Bekanntschaft des Dr. GREIFELD gemacht hatte. Und am Ende der Abendgesellschaft richtete ERNST wie ganz selbstverständlich an den Kollegen des Autors die Bitte, Dr. GREIFELD Grüße zu überbringen.

So gelangten wir an den Anfang der Spur, die zeigte, dass Dr. GREIFELD gut und gern einen Teil des Krieges in Frankreich verbracht hat. Dieses mündliche Zeugnis hatte aber nur geringen Wert. Was man brauchte, war die schriftliche Bestätigung von ERNSTs Äußerung durch GREIFELD. Anstatt ERNSTs Botschaft einfach nur an GREIFELDs Sekretärin zu überbringen, bevorzugten wir den internen Postweg. Der Kollege des Autors verfasste eine schriftliche Mitteilung an GREIFELD, in der er ihn über die Grußbotschaft ERNSTs informierte. In dieser Mitteilung führte er klar die Tatsache an, dass der Beginn der Bekanntschaft dieser beiden Personen in die Zeit der Okkupation von Paris durch die Deutschen fiel. GREIFELD beantwortete die Mitteilung und bestätigte, ERNST während des Krieges in Paris kennengelernt zu haben.



Rudolf Greifeld bei der Einweihung der Reaktorsiedlung in Leopoldshafen Foto aus der Jubiläumszeitschrift "25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe"

[Anmerkung : Wortlaut der zitierten Antwort von Dr. Greifeld vom 5. Juni 1972: „Besten Dank für Ihre Nachricht vom 22. Mai 1972, in der Sie Grüße von Dr. Ernst ausgerichtet haben. Zur Klarstellung möchte ich sagen, dass ich Herrn Dr. Ernst seit vielen Jahren kenne, insbesondere aus gemeinsamer Zeit in Paris. Doch waren weder er noch ich Kommandant, sondern wir waren beide in der Militärregierung Frankreich tätig.“]

Von diesem Zeitpunkt an (das war 1972) hatte der Autor die Gewissheit, dass seine Recherchen von Erfolg gekrönt sein würden. Er hatte den Verdacht geschöpft, dass GREIFELD während des Krieges Aktivitäten antisemitischen Charakters betrieben hatte. Dieser Verdacht war in ihm aufgekeimt im Anschluss an ein persönliches Gespräch, das er mit Dr. GREIFELD in dessen Büro hatte. Die Archive zu durchsuchen, ohne eine Spur zu haben, hätte keinen Sinn gehabt. Aber zumindest war der Autor nun sicher, dass die Richtung „Paris“ zutreffend sein sollte. Hatte denn GREIFELD nicht selbst schriftlich bestätigt, ERNSTs Bekanntschaft während des Krieges in Paris gemacht zu haben? Außerdem hatte der Autor jetzt ein weiteres Positivum in seinen Händen: Unter der Antwort von GREIFELD stand die handschriftliche Unterschrift. Dies würde ihm den Vergleich mit den Unterschriften ermöglichen, die er vielleicht in Paris auf Dokumenten aus den deutschen Archiven aus der Kriegszeit finden würde. Hinzuzufügen ist, dass GREIFELD geäußert hatte, nicht der Wehrmacht angehört zu haben.

Im Besitze dieses Materials stattete der Autor in Paris Monsieur BLOCH, dem Vorsitzenden der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, einen Besuch ab. Dieser half ihm dann, mit den KLARSFELDS in Kontakt zu kommen. Das war während des Sommers im Jahr des Heils 1972. Und zum Ende des gleichen Jahres hatte er die Möglichkeit eines langen persönlichen Gesprächs im Ministerium für Forschung und Technologie in Bonn mit Ministerialdirektor Dr. SCHMIDT-KÜSTER. Diskutiert wurde über den Arbeitsvertrag des Autors, den sein Institutsdirektor Professor Dr. HÄFELE um keinen Preis verlängern wollte. Als er bei dieser Gelegenheit Dr. SCHMIDT-KÜSTER seine Schwierigkeiten darlegte, wusste er noch nichts von den engen Beziehungen zwischen HÄFELE und GREIFELD, von denen er zu seinem eigenen Schaden erst viel später erfahren sollte. Dr. SCHMIDT-KÜSTER versprach ihm Hilfe und verpflichtete sich, alles zu unternehmen, um bis zum Zeitpunkt des Auslaufens des Arbeitsvertrags eine akzeptable Lösung zu finden. Es handelte sich darum, dass der Autor das von HÄFELE geleitete Institut verlassen sollte, um in ein anderes Zentrum zu wechseln, vorzugsweise eines außerhalb von Karlsruhe. Erwähnt wurde das CERN, in dem bereits eine vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entsandte Forschungsgruppe arbeitete.

Trotz aller „Anstrengungen“ des Ministeriums hatte die Leitung in Karlsruhe die Verlängerung des Arbeitsvertrags verweigert. Es wäre übrigens interessant, eines Tages zu ermitteln, inwieweit von jenem Zeitpunkt an eine Art Berufsverbot seitens der Direktion von Karlsruhe ausgeübt worden sein könnte. Das, was man entdecken würde, hätte sicherlich nichts Überraschendes an sich.

Nach Auslaufen seines Arbeitsvertrags kehrte der Autor nach Frankreich zurück. Seine Intuition sagte ihm, dass er in der BRD keine Arbeitsmöglichkeit mehr bekommen würde. Aber erst später sollte klar werden, dass die Bedingungen in Frankreich kaum besser waren. Trotz der Intervention einer großen Zahl von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik sah sich die französische Regierung immer wieder in der Situation „des großen Bedauerns, den Forderungen aus Gründen des Ansehens nicht nachkommen zu können.“

Als in der Presse der Skandal der TRAUBE-Affäre Furore machte, war das für den Autor eine Offenbarung. Es wurde für ihn zur Gewissheit, dass GREIFELD während des Krieges bestimmte antisemitische Aktivitäten begangen haben musste. Diese Überzeugung mit Beweisen zu belegen, würde keine geringe Arbeit darstellen, da bestimmte Personen nach wie vor eine beträchtliche Unterstützung genossen. Aber er hatte Glück und konnte in den Archiven des Jüdischen Dokumentationszentrums (Centre de Documentation Juive Contemporaine) recherchieren. Dort fand er die Strukturpläne des „Verwaltungsstabs des Militärbefehlshabers in Frankreich“ aus dem Jahre 1943/1944. GREIFELD war dort nicht erwähnt. Daraus zog er den Schluss, dass Dr. GREIFELD sich in Paris höchstens bis Ende 1942 aufgehalten hatte.

Was Dr. ERNST betrifft, war die Situation komplizierter, da dieser Familienname in Deutschland sehr verbreitet ist. Gefunden werden konnte ein gewisser Hans-Dietrich ERNST, der nach dem Krieg in Deutschland an einem geheimgehaltenen Ort lebte. Hans-Dietrich ERNST war während des Krieges Kommandeur der SIPO-SD in Angers. Nach dem Krieg wurde er der Verantwortlichkeit für die Deportation von 824 Juden beschuldigt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Bekannt war auch, dass bei dem allein für die in Frankreich begangenen Kriegsverbrechen zuständigen Staatsanwalt von Köln eine Klage gegen Hans-Dietrich ERNST eingereicht worden war. Daher hatte der Autor im April 1975 eine Unterredung mit Generalstaatsanwalt Dr. GEHLING am Oberlandesgericht Köln. Diesem unterstanden alle Vorgänge, die in den LISCHKA-Prozess mündeten, in dem es um die Endlösung der Judenfrage in Frankreich ging. Dr. GEHLING dachte, dass nur ein einziger Dr. ERNST existiere, und dieser schien nicht die Person zu sein, nach der gesucht wurde. In der Tat trug der eine den Dokortitel, der andere nicht, obschon beide Juristen waren. Der in Angers tätig gewesene ERNST lebte GEHLING zufolge

„irgendwo in Norddeutschland“, GEHRLING wusste aber, das „unser“ Mann in Baden-Württemberg wohnte. Er kannte in Baden-Württemberg keinen ERNST, der Kriegsverbrechen begangen hatte.

Nach diesem Gespräch begab sich der Autor in die Bibliothek von Köln, um dort in den Archiven der Doktorarbeiten zu recherchieren. Der Zufall wollte es, dass – wenn auch der Familienname ERNST recht verbreitet war, der Vorname des SS-Manns hingegen eher selten vorkam. In den durchsuchten Archiven gab es aber niemanden mit diesem Namen.

Irgendetwas in den Angaben von GEHRLING war unstimmig! Zurück in Paris, nahm der Autor die Suche nach den beiden ERNST wieder auf. Er durchblätterte alle Telefonbücher von Norddeutschland. Dabei fand er schließlich einen Hans-Dietrich ERNST, Anwalt in der schönen Stadt Leer nahe Oldenburg. Weitere Recherchen erbrachten ihm dann die Gewissheit, dass es sich tatsächlich um den früheren SS-Mann von Angers handelte.

Die Mitglieder von L.I.C.A. (Ligue Internationale Contre l'Antisémitisme – Internationale Liga gegen den Antisemitismus) waren sehr zufrieden, endlich den Wohnort von Hans-Dietrich ERNST zu kennen. Mit Serge und Beate KLARFELD gingen die Recherchen dann zu GREIFELD und seinem Freund ERNST weiter. Nunmehr waren beide als Mitglieder der Militärregierung während des Krieges eingeordnet. Aber das waren auch schon alle Angaben, über die wir verfügten. Der Autor war aber damals fest davon überzeugt, dass man etwas finden müsste, wenn man sich nur Zeit nähme. Und dazu kam es dann schließlich auch. Eines schönen Tages entdeckte man eine ganze Reihe von Dokumenten zum Thema „Deportation der jüdisch-bolschewistischen Elemente in Zwangsarbeitslager des Ostens“. Es handelte sich vorwiegend um Deportierte aus dem Lager Compiègne. Und alle diese Dokumente waren unterzeichnet von einem gewissen Dr. ERNST, Mitglied des Verwaltungsstabs des Oberbefehlshabers in Frankreich – Abteilung Polizei. Die Unterschrift enthielt nie einen Vornamen, wie das im Deutschen nach dem Dokortitel üblich ist. Der Autor erinnerte sich jedoch, dass der Freund von GREIFELD den Vornamen Waldemar trug. Um nachzuprüfen, ob es sich tatsächlich um den genannten ERNST mit Wohnsitz in Baden-Württemberg handelte, richtete der Autor ein Schreiben an den Oberstaatsanwalt GEHRLING und reichte gegen den eben neugefundenen ERNST Klage ein. Eine Woche später begab er sich nach Köln. Zu seiner großen Überraschung war dem Generalstaatsanwalt dieses Mal die Existenz eines zweiten Dr. ERNST bekannt – es war Waldemar ERNST. Er wohnte in Aalen in Baden-Württemberg und war ganz genau der Freund von GREIFELD!

Gegen Dr. Waldemar ERNST wurde ein Untersuchungsverfahren eröffnet und GREIFELD wurde vom Generalstaatsanwalt als Zeuge vernommen. Die Vernehmung fand in Karlsruhe statt. Die Tatsache, dass Dr. GREIFELD vom Staatsanwalt zu seinen Beziehungen zu Dr. ERNST während des Krieges befragt wurde, spielte im weiteren Verlauf dieses Verfahrens eine bedeutende Rolle. Es war mittlerweile Juni 1975 und noch immer lagen keine Beweise für die früheren antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD vor. So entschloss sich der Autor, ein Rundschreiben zu verfassen, das er an Persönlichkeiten aus der Welt der Presse, an hohe Bonner Ministerialbeamte und in zahlreichen Exemplaren auch an das Kernforschungszentrum Karlsruhe versandte. Hier der Text:

„Es ist mir sehr daran gelegen, Dr. Greifeld, Vorstandsmitglied des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Dank zu sagen dafür, dass er es mir ermöglicht hat nachzuweisen, dass Dr. Waldemar Ernst, Hauptgeschäftsführer der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH Aalen (Tel. 07361/5021) in seiner Eigenschaft als führendes Mitglied der Verwaltung von Paris während der Kriegszeit und als Chef der Polizeiabteilung an den Aktionen gegen die Juden in Frankreich beteiligt war und in Verbindung mit dem SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka zu den unmittelbaren Verantwortlichen für die Verfolgungen der Juden in Paris gezählt hat.

Dr. Greifeld, der sich zu gleicher Zeit wie Dr. Ernst in Frankreich aufhielt und dort verantwortliche Funktionen beim militärischen Oberbefehlshaber in Frankreich ausübte, hat mir offenbart, wo ich Dokumente zu den antisemitischen Aktivitäten von Dr. Waldemar Ernst auffinden kann. Diese Dokumente habe ich Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Gehrling in Köln übergeben.

Es hatte zwar früher bestimmte Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Greifeld und mir gegeben, aber seine Klarstellungen zu Dr. Ernst waren sehr wertvoll für mich und die deutsche Justiz, die gegenwärtig den Prozess gegen die Hauptverantwortlichen für die Endlösung der Judenfrage in Frankreich vorbereitet, der in Köln stattfinden wird.“

(Es folgen die Unterschrift des Autors und seine Anschrift in Frankreich.)

Diesem Rundschreiben beigelegt waren Dokumente zur Judendeportation, die unterzeichnet waren von Dr. ERNST. Die Presse reagierte nicht – aus gutem Grund!

Es ging also darum zu sehen, wie GREIFELD diese Kröte schlucken würde. Er konnte nicht wissen, ob der Autor zu diesem Zeitpunkt ein Dokument über dessen Aktivitäten während des Krieges in Paris in Händen hatte. Anhand seiner Reaktion würde es ein Leichtes sein, den Schluss zu ziehen, ob man die Recherche fortsetzen müsste oder nicht. GREIFELD reagierte nicht. Man konnte nun also berechtigterweise vermuten, dass bestimmte seiner Aktivitäten antisemitischen Charakters gewesen waren. Die Recherchen in den Archiven des Jüdischen

Dokumentationszentrums wurden mit verstärkter Kraft wieder aufgenommen. Im Oktober 1975 wurde schließlich ein Dokument aus dem Verwaltungsstab entdeckt, auf dem sich eine Unterschrift ähnlich der von Dr. Rudolf GREIFELD befand. Es stammte vom 2. Januar 1941 und war in der Tat das erste Dokument, das von einer antisemitischen Maßnahme in Frankreich berichtete! Hier der Text:

1.) Vermerk

In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So war z.B. in der Silvesternacht in dem Cabaret "Le boeuf sur le toit" im Gebäude des Hotels "George V" – von den Wehrmichtsangehörigen abgesehen – sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret "Trois Valses" – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmichtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret "Carrere" verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmichtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, 2. Januar 1941.

J. S. R. & Riessel.
Lab 7/1

Greifeld

3.1.41.

1.) Vermerk

In der jüngsten Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So waren z.B. in dem Cabaret „Le boeuf sur le toit“ im Gebäude des Hotels „George V“ – von den Wehrmichtsangehörigen abgesehen – in der Silvesternacht sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist im Cabaret „Les Trois Valses“ – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von vielen Wehrmichtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret „Carrère“ verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmichtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, den 2. Januar 1941.“ (Es folgt die handschriftliche Unterschrift GREIFELD)

Das Gutachten, das im Weiteren von einem Experten für Graphologie und Paläographie beim Berufungsgericht Paris angefertigt wurde, ließ keinen Zweifel: Das Dokument war tatsächlich während des Krieges von GREIFELD unterzeichnet worden.

Wie sich anhand der Anmerkung am Textende des Dokuments leicht feststellen lässt, war Dr. GREIFELD nicht zuständig, solche Maßnahmen zu ergreifen, er gehörte nicht der Polizeiabteilung an, sondern der Abteilung, die sich mit Alltagsfragen befasste, dem täglichen Leben während der Okkupation. Die Bedeutung, die die deutschen Behörden seiner antisemitischen Initiative beimaßen, spiegelte sich in Folgendem wieder: Zum Zeitpunkt, da er seine „geniale Idee“ – die erste antisemitische Maßnahme in Frankreich – hatte, stand GREIFELD im Rang eines

„Kriegsverwaltungsassistenten“. Dreizehn Tage später war GREIFELD zum „Kriegsverwaltungsrat“ befördert worden.

Ende Oktober hielt der Autor gemeinsam mit den KLARSFELDS in der Europa-Hauptstadt Straßburg eine Pressekonferenz ab. Die antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD wurden hier der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Gefordert wurde der Rücktritt GREIFELDS vom Posten des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland, den er im Lenkungsausschuss des englisch-französisch-deutschen Laue-Langevin-Instituts in Grenoble innehatte. Ein Deutscher, der während des Krieges in Frankreich antisemitische Maßnahmen gefordert hatte, saß nach dem Krieg im Direktionsstuhl eines Kernforschungszentrums in Frankreich – im Namen der Kooperation zwischen Paris und Bonn! Das war zu viel. Sein Fall hatte den gleichen provokatorischen Charakter wie der von BÖTTCHER im Kernforschungszentrum Jülich nahe der holländischen Grenze.

Die Presse veröffentlichte die Information. „Le Monde“, „Figaro“ und andere nicht-extremistische Zeitungen publizierten die Geschichte. In Deutschland wurde sie von der liberalen Zeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ korrekt verbreitet. Dr. GREIFELD erklärte Journalisten gegenüber, dass das alles nichts als eine Lüge sei und dass man hier nichts als einen Racheakt von Seiten des Autors dieses Buches sehen könne. Er habe, so äußerte er sich, während seines Aufenthaltes in Frankreich in der Zeit des Krieges nie antisemitische Maßnahmen befürwortet.

Die offiziellen Behörden unterstützten GREIFELD; er blieb im Amt sowohl in Grenoble wie auch in Karlsruhe.

Angesichts dessen bildete sich ein „Komitee zur Greifeld-Affäre“ und veröffentlichte ein Begehren. Mehr als vierhundert französische und ausländische Physiker verlangten mit ihrer Unterschrift, dass GREIFELD das Laue-Langevin-Institut verlässt. Nun sah sich der Bundesforschungsminister gezwungen, sein Schweigen zu brechen. Der gleiche Dr. HAUFF, der uns (wie zuvor beschrieben) empfangen hatte, erklärte der Presse gegenüber, dass sein Ministerium den Fall GREIFELD „sehr gewissenhaft“ untersuchen werde. Die „Frankfurter Allgemeine“ veröffentlichte einen Artikel, in dem der Journalist sich die Frage stellte, wieso HAUFF all diese Zeit benötigt hatte, um den antisemitischen Charakter von GREIFELD zu begreifen. Zu diesem Thema war ihm ja doch schon zu Beginn des Jahres 1973 berichtet worden, als er in die Regierung eintrat!

In welchem Maße hatte GREIFELD Unterstützung aus Bonn genossen? Wer waren seine wahren Freunde im Beamtenapparat des Ministeriums? Der Autor hatte ein Schreiben an Staatssekretär HAUFF gerichtet, in dem er diesen um ein Gespräch ersuchte, um ihm seine Klagegründe gegen GREIFELD anhand von Dokumenten darzulegen. HAUFF antwortete umgehend, wobei er die Angelegenheit einem Beamten des Ministeriums – Dr. BISCHOFF – übertrug. Er riet, mit diesem in Kontakt zu treten, was auch so geschah. In einem Telefongespräch legte Dr. BISCHOFF seine Absicht dar, sich nach Paris zu begeben, um die Authentizität dieser Dokumente, die die antisemitische Haltung GREIFELDS in der Kriegszeit belegten, zu prüfen. BISCHOFF fuhr aber nicht nach Paris, denn der Autor hatte ihm geraten, Kontakt mit Generalstaatsanwalt Dr. GEHRLING aufzunehmen, der ihm die Erklärungen des Autors bestätigte. Dies geschah am 5. Dezember 1975.

Epilog: Anstatt sich nach Paris zu begeben, sandte BISCHOFF dem Autor aus Bonn ein Schreiben, in dem er diesen informierte, dass ihm Dr. GREIFELD am Tag nach dem Telefongespräch seinen Rücktritt vom Amt im Lenkungsausschuss des Laue-Langevin-Instituts in Grenoble angeboten hatte. (PK)

Das Original der Dissertation von Leon Grünbaum liegt dem Autor vor. Von ihm wurden die Anmerkungen in eckigen Klammern eingefügt. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Rolf Junghanns.

Der Beitrag des Autors gehört zum Artikel „Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!“ für die Zeitschrift „Marxistische Blätter“ Heft 3 Nr. 11, der online in zwei Teilen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ am 4. Mai 2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473 und am 18. Mai 2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511 erschien.